

Was ist eigentlich aus der „Neuen Kriminologie“ geworden? Einige Thesen, um die Suche zu orientieren*

Heinz Steinert
Universität Frankfurt

1. Die „Neue Kriminologie“ (die unter verschiedenen Namen auftrat, darunter „Junge Kriminologie“, „Kritische Kriminologie“ und einige weitere neben dem hier verwendeten, den ich vorziehe, weil er an die „Neue Linke“ erinnert und damit einen Teil des Kontexts anspricht) war ein ideologisches Produkt der 60er Jahre. Ihr (begrenzter) Erfolg war damals möglich, weil sich die Mechanismen der Ausgrenzung zeitweise abschwächten oder, anders gesagt: weil es eine Verschiebung in der widersprüchlichen Dynamik von Ausgrenzung und Integration gab, die in einer kapitalistischen Gesellschaftsformation immer am Werk ist. In dieser Situation war die „Neue Kriminologie“ mit ihrer Betonung der bürokratischen Irrationalität von Ausgrenzung für Reformpolitiker nützlich, die diese (leichte) Veränderung dazu benutzen wollten, die Politik und die Institutionen in verschiedenen Politikfeldern zu „modernisieren“, darunter auch in dem des Strafrechts.

2. Die Dynamik von Ausgrenzung/Integration ist in einem kapitalistischen System widersprüchlich, insofern es als eine seiner Grundlagen einen universalistischen Individualismus hat, also von gleichen (Menschen- und Bürger-) Rechten für jedes Individuum ausgeht, zugleich aber de facto diesen Status des „Individuums“ an Eigentum bindet. Die logischen Probleme dieses Widerspruchs kann man sehr schön in den frühbürgerlichen politischen Theorien, etwa von Hobbes und Locke, beobachten, wo höchst interessante Denkanstrengungen unternommen werden müssen, um von dem Ausgangspunkt eines universalistischen Individualismus zu der Folgerung des Ausschlusses aller Nicht-Eigentümer von diesem Status zu gelangen. (Übrigens gab es damals keinerlei Problem mit der Ausgrenzung der Frauen: Sie werden gar nicht erwähnt.) Die praktischen Probleme dieses Widerspruchs werden später sichtbar in den Kämpfen der Arbeiterbewegung, in denen das Eigentum an der Arbeitskraft eingesetzt wurde, um den vollen Status als „Individuum“ im bürgerlichen Sinn einzufordern. Denselben Kampf führte – mit Modifikationen und speziellen Schwierigkeiten – die Frauenbewegung. Die Stärkeverhältnisse in diesen Kämpfen hängen

davon ab, ein wie großer Teil der vorhandenen Arbeitskraft (deren einzelne Träger austauschbar sind) in einer bestimmten Kapitalstrategie mit welchen Qualifikationen (Kraft, Ausdauer, Geschicklichkeit, Ausbildung, Disziplin, usw.) in der Produktion und als Konsumenten gebraucht wird. Die Erfolge dieser Bewegungen sind beachtlich und es gibt keinen Grund, sie gering zu schätzen, nur hat sich leider in dem Vorgang die Bedeutung von „Individualität“ etwas verändert, so daß es angebracht ist, heute eher von „repressiver Individualisierung“ zu sprechen, was diese Erfolge wieder aufhebt – aber das ist eine etwas (wenn auch nicht ganz) andere Geschichte.

3. In den westlichen Industriestaaten waren die 60er Jahre von einer Kapitalstrategie der „Intensivierung“ bestimmt, nachdem die davorliegende Nachkriegs-Phase des „extensiven“ Wachstums im Erreichen der Vollbeschäftigung, also im Aufbrauchen der „Reserve-Armee“ von relativ billiger Arbeitskraft, an ihre Grenzen gestoßen war. Diese neue Phase, die mit regionalen und branchenmäßigen Zeitunterschieden einsetzte (und sich in den verschiedenen nationalen Ökonomien unterschiedlich gründlich durchsetzte), war zumindest in Europa der Durchbruch und die hohe Zeit einer „Fordistischen“ Vergesellschaftung, gekennzeichnet durch Rationalisierung der Produktion (also einen erhöhten Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz), durch qualifizierte und intensivierte Arbeit (bei verkürzter Regel-Arbeitszeit) mit guter Entlohnung und einem hohen Konsumniveau (in der Soziologie wurde das unter dem Stichwort des „wohlhabenden Arbeiters“ diskutiert), was insgesamt im Bild der „Konsum- und Freizeitgesellschaft“ erfahrbar wurde. Die relative Arbeitskräfte-Knappheit wurde auch mit Bestrebungen beantwortet, den Arbeitsmarkt auszuweiten, konkret: mit dem Import von Arbeitskräften. Die Situation erzwang also eine Strategie der „Integration“. Wer die Fähigkeit zu arbeiten und zu konsumieren hatte, sollte das auch tun können, und – andersherum gesehen – niemand, der diese Fähigkeiten hatte, sollte disqualifiziert werden. Daher wurden auch die Frauen in den Arbeitsmarkt eingeladen und gezogen, wurden Ausbildungsreformen mit dem Ziel der „Mobilisierung von Begabungsreserven“ gestartet, und auch die Reformen auf den Gebieten der Sozialarbeit, des Strafrechts und des Strafvollzugs, die von Ideen der Therapie und der Resozialisierung getragen wurden, entsprechen diesem Bemühen, niemanden auszugrenzen.

4. Die „Neue Kriminologie“, die in ihrem ganzen Zugang diese Verschiebung in Richtung „Integration“ unterstützte, geriet zusammen mit dieser Phase der Nachkriegs-Entwicklung in die Krise. Aus der „Intensivierung“ entstand eine nicht mit einem genauen Zeitpunkt abgrenzbare Kapital-

strategie der „Internationalisierung“ von Produktion wie von Märkten, die das Kapital von nationalen Arbeits- und Absatzmärkten abkoppelt, was seine Machtposition gegenüber den Organisationen der Arbeiterbewegung wie den Nationalstaaten um einiges verbessert. In Verbindung mit technischen Fortschritten, besonders auf dem Gebiet der Elektronik und der Automatisierung der Produktion wie auch der Verwaltung und Kontrolle, hat diese Strategie in den Metropolen beachtliche Teile der Arbeitskraft freigesetzt (und wird das wohl noch einige Zeit weiter tun). Die Verschiebung in Richtung „Ausgrenzung“, die das bedeutet, wurde und wird in einigen Staaten auch politisch unterstützt (Großbritannien, USA, Bundesrepublik), aber auch Sozialdemokraten an der Regierung können diesen Vorgang wohl nur abpolstern, nicht aber stoppen. Die „Finanzkrise des Staates“, die ziemlich übereinstimmend als Krise des Wohlfahrtsstaats (und nicht etwa als Krise des Subventions- oder des Rüstungs-Staats) interpretiert wird, führt zu Versuchen der Reduktion von Sozialausgaben, zu (relativen) Einkommenssenkungen und insgesamt zu „gespaltenen Gesellschaften“, gespalten in einen zukunfts- und weltmarkt-orientierten, technologisch fortgeschrittenen Sektor, in dem Arbeit und Leben weiterhin nach dem Modell der „intensiven“ Phase vor sich gehen, und in den vernachlässigten Rest der Gesellschaft, in dem „ungesicherte“ Lebensweisen mit verringerten Ansprüchen gepflegt werden (müssen).

5. Ich denke allerdings, daß die „Neue Kriminologie“ diesen Niedergang ihrer ideologischen Nützlichkeit gut genützt hat: Die theoretischen und Forschungsinteressen wurden erweitert auf die Gebiete der Sozialgeschichte und der politischen Ökonomie, zum Teil jedenfalls durchaus unter Integration der interaktionistischen und Labeling-Theorie-Orientierungen in diesen größeren Rahmen. Diese Entwicklung hat, soweit ich das überblicke, nicht *die* große neue kriminologische Theorie hervorgebracht, aber sie hat die Kriminologie wieder stärker mit der Gesellschafts- und Staats-Theorie verbunden, sie hat uns geholfen, eine historische Perspektive (zumindest für den Rückblick) aufzubauen, und sie hat die Sensibilität für Macht und Politik (und das Mißtrauen ihnen gegenüber) erhöht, nachdem politische Eingriffe sich als wesentlich weniger „gutartig“ herausgestellt haben, als manche zu manchen (reformistischen) Zeiten gedacht haben mögen. Die erwähnte Rückbindung in Fragen der Gesellschafts- und Staatstheorie übrigens hat natürlich das Problem, daß diese, jedenfalls was die professionellen Sozialwissenschaften betrifft, nicht in der besten aller denkbaren (und wünschbaren) Verfassung sind.

6. Die „Vernachlässigung des Rests der Gesellschaft“, die ich am Schluß von Punkt 4 erwähnt habe, mag auch ihre

Chancen mit sich bringen, wenn man die Kosten des alten „intensiven“ Modells von Vergesellschaftung bedenkt, Kosten, die gelegentlich sogar den Verwaltern dieses Sektors der Gesellschaft zu hoch werden (ich denke hier an den gelegentlichen „Aussteiger“ und „Verweigerer“ selbst aus den Reihen der Manager), Kosten in Form von Diszipliniertheit der Lebensführung, von Mobilität zwischen Regionen, Ländern und Kontinenten, in Form von zerstörerischer Konkurrenz, von verschwendeter Lebenszeit auf der persönlichen Ebene, in Form von zerstörten natürlichen Ressourcen aller Art, von zerstörten Landschaften und Städten, von zerstörten Leben und von unbeherrschbaren Risiken weiterer Zerstörungen dieser Art für Jahrhunderte (falls die Zukunft noch so lang sein sollte). Es wird viel davon abhängen, ob und wie dieser „Rest der Gesellschaft“ eine eigenständige Lebensweise entwickelt, als Aufenthaltsort attraktiv wird und bleibt, ob und wie sich Koalitionen in sozialen Bewegungen herstellen, die die Kluft zwischen den „zwei Gesellschaften“ überbrücken (was in der Friedensbewegung deutlich geschieht, in der Ökologie-Bewegung zumindest auf lokaler Ebene, in der Frauen-Bewegung gelegentlich, in der Arbeiterbewegung selten bis nie), ob und wie die schwierige Balance zwischen Kolonisiert-Werden und Ausgegrenzt-Werden sich halten läßt. In bezug auf das Strafrecht werden hier Abschirmungen gegen sein Eindringen und die weitere (und bewußte) Entwicklung von autonomen Formen der Konfliktregelung gebraucht, die das Strafrecht zurückdrängen.

7. Hier sehe ich eine Aufgabe für die Zukunft der „Neuen Kriminologie“. Die beste Annäherung an eine Aufnahme dieser Probleme sehe ich derzeit in der Arbeitsrichtung, die mit der Bezeichnung „Abolitionismus“ verbunden wird. Und an diesem Punkt kann ich auf das Papier von Sebastian Scheerer (in diesem Heft) verweisen.

* Dieses höchst skizzenhafte Thesenpapier wurde als Aufforderung zur Diskussion und Einleitung zu dem Aufsatz von Sebastian Scheerer im Arbeitskreis „Junger Kriminologen“ auf dem IX. Internationalen Kongreß für Kriminologie, Wien, September 1983, präsentiert. Ich habe seither keine Möglichkeit gehabt, es zu überarbeiten, zu ergänzen, usw. Aber als Provokation mag es den Abdruck rechtfertigen und damit über den Kreis der damaligen Teilnehmer hinaus noch eine Funktion haben.

Februar 1984
Unterlindau 77, 6 Frankfurt a. M. 1